

HOHLSPIEGEL



Weil „simple Gags keine Manipulation sind“ (so der Leiter des Frankfurter Bild-Büros der Deutschen Presse-Agentur, Ernst Wohlgemuth), belieferte dpa vergangenen Dienstag bundesdeutsche Tageszeitungen mit dem Photo eines „(mode)mutigen Hamburgers“ in „heißen Höschen“, der, „oftmals von der weiblichen Konkurrenz ‚bewundert‘, durch die Hansestadt ... stolzierte“. Was die Agentur verschwie: Der Hosen-Mann ist dpa-Photograph Lothar Heitmann, 48, die „weibliche Konkurrenz“ dpa-Sekretärin Christel Ehlert, 20. Die Szene, binnen fünf Minuten vor der dpa-Zentrale in Hamburgs Mittelweg 38 abgelichtet, war gestellt. Wohlgemuth: „Wenn Sie sich das ansehen bei dpa, dann finden Sie eine Reihe solcher Bilder.“

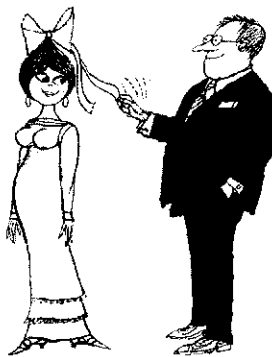


„BARZEL“ ist seit der CDU-Veranstaltung am 19. 2. 1971 in Bad Oldesloe mehr denn je ein Schimpfwort für mich. Ich weise darauf hin, daß ich jeden zivilrechtlich verfolgen werde, der mich so tituliert!
Gerhard Barzel, 207 Ahrensburg, Bogenstraße 15

Aus dem Anzeigenblatt „Ahrensburger Markt“.



Abgeordnete und Bedienstete des rheinland-pfälzischen Landtags kommen sicher durch die siebziger Jahre. Am Freitag vorletzter Woche lieferte die Karlsruher Firma „Paschi“ dem Parlament in Mainz per Bahnfracht 4800 Rollen Toilettenpapier zu je 1000 Blatt (Marke: „Rippo“), das nach den Berechnungen des Hausmeisters Willi Maschke — „Wir brauchen hier sechs bis zehn Rollen pro Woche“ — mindestens bis 1980 reichen wird. Verwaltungsangestellter Wilhelm Breuch — „Da ist eine Panne passiert, wir haben eigentlich nur für ein Jahr bestellt“ — hofft indes, daß ihm Mainzer Ministerien beim Abbau des Papierbergs behilflich sein werden: „Mit der Staatskanzlei und mit dem Innenministerium stehen wir schon in Verhandlungen.“



Erst mal
entspannen -
erst mal
Picon



PICON
aus Paris

PICON BLANC · PICON ROUGE · PICON DRY

RÜCKSPIEGEL

ZITAT

Die Ost-Berliner Zeitschrift „Musik und Gesellschaft“:

Westdeutschlands Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL zeigt sich eifrig um Beethoven bemüht. In Nummer 37/70 liefert der Komponist sogar das Material für die Titel-Story ... Hier zeigt sich eine weitere Variante der imperialistischen Beethoven-Annexion anno 1970. Der Verfasser dieser Story geht aus von der seriös anmutenden Kritik am Beethoven-Kult etwa der wilhelminischen Ära. Er polemisiert gegen den Versuch, Beethoven zum Gott, mindestens zum Titanen zu stempeln. Das wirkt kritisch, darum überzeugend. Und überzeugend soll dann auch wirken, was anstelle dieser überholten Beethoven-Anbetelei angeboten wird: Der Versuch, den Menschen Beethoven durch Vermutungen, durch das Anhängen von Skandalen und Skandälchen zu disqualifizieren ... Der ganze Aufwand an Skandalen ... (nicht nur im SPIEGEL) dient ja im Grunde nicht etwa einer notwendigen Korrektur früherer falscher Heroisierungen. Er macht den Menschen Beethoven unwichtig. Und er ermöglicht dann, auch das als unwichtig erscheinen zu lassen, was beispielsweise aus Beethovens Weltanschauung in sein Werk einfließt. Kein Wort darum im SPIEGEL über Beethovens Verhältnis zur Französischen Revolution ... Er sei „ein Kleinbürger, der von der Aristokratie lebt und mit seinem ‚bösen Maul‘ auf Bürgertum und Adel gleichermaßen schimpft“, wird behauptet. „Er gilt als Revolutionär, doch er kann nicht so recht überzeugen.“ Das ist des SPIEGELS Kern: Wenn schon der Mann Beethoven als Revolutionär nicht so recht überzeugen konnte, dann wird er es mit dem Revolutionären in seiner Musik auch wohl nicht so ernst gemeint haben. Wieder stehen wir vor einer Fälschung, dem Zwecke dienend, Beethovens Musik im imperialistischen System salonfähig zu halten und der eigenen Haltung zu ihm sogar noch eine „moderne“ kritische, attraktiv pietätlose Attitude zu geben — Angst vor Beethoven!

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 32/1969 NPD — ANBLICK REIZT über Ausschreitungen am Frankfurter Cantate-Saal, wo vor einer Wahlversammlung mit Polizeischutzhelmen, Ledergürteln und Maurerhandschuhen bewährte NPD-Ordner Gegendemonstranten krankenhausreif geschlagen hatten.

△ Letzten Donnerstag bestätigte der Dritte Strafsenat des Frankfurter Oberlandesgerichts, daß die NPD-Keile endgültig unter das Amnestiegesetz für Demonstrationstäter fällt. Die Vorinstanz, die 13. Strafkammer des Landgerichts, hatte aus gleichem Grund nicht gegen sechs der „Nötigung“ und „gefährlichen Körperverletzung“ angeklagte NPD-Ordner verhandelt, weil in keinem Fall „in jedem einzelnen Anklagepunkt eine höhere Freiheitsstrafe als neun Monate“ zu erwarten sei.